

Interessantes aus der Politik, den Medien, dem dbb und der DPoIG. Da es sich um eine schnelle Information handelt, bleiben die Beiträge meist unkommentiert und geben lediglich die Auffassung des Autoren wieder.

Impressum:

DPoIG Bundespolizeigewerkschaft,
Seelower Str. 7, 10439 Berlin

V.i.S.d.P: Der Bundesvorstand

Ausgabe
7/2017

Newsletter

Bundespolizisten in Lebensgefahr – Digitalfunkverbindung in Bahnhöfen immer noch katastrophal	1
POLIZEI braucht jetzt keine neuen Gesetze – POLIZEI braucht jetzt endlich mehr Personal!	2
Klassenunterschiede bei den Polizeifachlehrern beenden!	3
DPoIG Bundespolizeigewerkschaft im ständigen Dialog mit der Politik.....	4
MdB Kerstin Radomski zu Besuch beim Bundesvorsitzenden Ernst G. Walter – Überlastung der Bundespolizei und Systemwechsel bei Luftsicherheit	4
Änderung des Artikel 8 Schengener Grenzkodex! Verbesserung der Terrorabwehr auch im internationalen Schiffsverkehr?.....	5
AG Behindertenpolitik im dbb tagte in Berlin	6

Bundespolizisten in Lebensgefahr – Digitalfunkverbindung in Bahnhöfen immer noch katastrophal DPoIG Bundespolizeigewerkschaft fordert: Finanzierungsstreit umgehend beenden!

19. Mai 2017

Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) nutzte der Bundesvorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft die Gelegenheit, um bei allem berechtigten Lob für das Digitalfunknetz des Bundes mit 99%iger Abdeckung in der Fläche erneut auf die immer noch katastrophale Lage bei der „in-door-Versorgung“ mit Digitalfunk in den vielen Bahnhöfen und Tunnelanlagen der DB-AG hinzuweisen.

Walter machte zum wiederholten Male deutlich, dass es für die im Bahnbereich eingesetzten Kolleginnen und Kollegen durch fehlende Kommunikationsmöglichkeit innerhalb der Liegenschaften der DB-AG immer wieder zu gefährlichen bis hin zu lebensbedrohlichen Situationen kommt. Auch für BDBOS-Präsident Andreas Gegenfurtner, mit dem Walter im ständigen Dialog steht, ist die immer noch völlig unzureichende „in-door-Versorgung“ ein großes Ärgernis, denn dies schmälert nicht nur die großen Erfolge seiner Bundesanstalt bei der ansonsten hervorragenden Netzabdeckung, sondern auch die Akzeptanz bei den Nutzern.

Gewerkschaftschef Walter wird deutlich: „Uns ist es völlig egal, wer die erforderlichen Anlagen letztlich baut, installiert und bezahlt. Wichtig ist nur, dass die Polizeikräfte zu jeder Zeit und an jedem Ort miteinander kommunizieren können. Die Funkverbindung zwischen den Kollegen ist eines der wesentlichsten Elemente der Eigensicherung und wenn jemand rasch Hilfe und Unterstützung braucht, gerät er ohne Funkverbindung schnell in Lebensgefahr.“

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft prangert die mangelhafte Digitalfunkversorgung in den im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei liegenden Gebäuden bereits seit einigen Jahren an und hat keinerlei Verständnis mehr dafür, dass DB-AG, Bundesverkehrsministerium und Bundesinnenministerium trotz bestehender technischer Lösungsmöglichkeiten ob mit fest verbauten Digitalfunkanlagen oder mobilen Repeatern hier bislang zu keiner Einigung in den Finanzierungsfragen gekommen sind. Für die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft ist das ein nicht länger hinzunehmender Skandal.

POLIZEI braucht jetzt keine neuen Gesetze – POLIZEI braucht jetzt endlich mehr Personal!

16. Mai 2017

Trotz angespannter Sicherheitslage durch die anhaltende terroristische Bedrohung, trotz weiterbestehendem Migrationsdruck durch nicht endende Flüchtlingsströme, trotz steigender Gewaltkriminalität und einer katastrophalen Bilanz bei den Wohnungseinbrüchen in vielen Bundesländern – die Zahl der Polizisten, die zur Prävention und zur Verbrechensbekämpfung zur Verfügung stehen, ist bislang nicht gestiegen.

Selbst bei der Bundespolizei, für die bereits ein Zuwachs von über 7000 Stellen beschlossen ist, werden die ersten zusätzlichen Polizisten frühestens in zwei bis drei Jahren nach ihrer Ausbildung zur Verfügung stehen. Solange steigt die Belastung immer weiter an, denn um die notwendige Ausbildung der neuen Kollegen sicherzustellen, müssen derzeit immer mehr Beamtinnen und Beamte aus den ohnehin ausgedünnten Dienststellen als Lehrer und Trainer abgezogen werden.

Die Wiedereinführung der Grenzkontrollen an den sonst kontrollfreien Schengener Binnengrenzen sowie die nach Änderung des Artikels 8 des Schengener Grenzkodex zeitintensiveren Personenkontrollen an den deutschen Außengrenzen an den Flug- und Seehäfen dezimieren das zur Verfügung stehende „Restpersonal“ immer mehr und machen bundesweite Verschiebungen nötig.

„Kleine und mittlere Bahnpolizeireviere werden nur noch stundenweise besetzt, die Präsenz in der Fläche geht weiter zurück, an den Fußballwochenenden gibt es für die Kolleginnen und Kollegen an den Bahnhöfen und in der Bundesbereitschaftspolizei häufig kein frei mehr und an den West- und Ostgrenzen lässt sich der Normalbetrieb mit dem restlichen Personal kaum noch aufrechterhalten.“, so der Bundesvorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Ernst G. Walter in Berlin.

Der Gewerkschaftschef beklagt: „Das Hemd ist überall zu kurz und unsere Leute kommen nicht mehr aus den Stiefeln. Ob in der Bundespolizei oder in den Länderpolizeien, das Personal reicht einfach nicht mehr aus, um allen Herausforderungen gleichermaßen gerecht zu werden. Abstriche bei der Personalauswahl und bei der Ausbildung kommen für uns nicht in Frage. Wir wollen die hohe Qualität der deutschen Polizei nicht gefährden, aber es muss die Frage erlaubt sein: Was muss wirklich von voll ausgebildeten Polizeibeamten gemacht werden, und was können auch andere tun?“

Statt immer neuer Gesetzesinitiativen und Zuständigkeitserweiterungen fordert Walter endlich konkrete Maßnahmen, die seine Kolleginnen und Kollegen tatsächlich entlasten. Dazu gehört seiner Überzeugung nach mehr Verwaltungspersonal in der Polizei zur Entlastung der Polizistinnen und Polizisten von administrativen Aufgaben sowie der verstärkte Einsatz von Polizeiangehörigen zur Unterstützung operativer Tätigkeiten, wie in einigen Bundesländern bereits mit Erfolg praktiziert.

Seine Forderung nach Einstellung zusätzlicher Tarifkräfte in der Bundespolizei, die nicht nur im administrativen Bereich, sondern auch im operativen Bereich als polizeiliche Einsatzassistenten einen wertvollen Beitrag zur Entlastung der Bundespolizistinnen und Polizisten leisten können, wird bereits durch die parlamentarischen Staatssekretäre im Bundesinnenministerium unterstützt.

Für die Bundespolizei ist das eigentlich nichts Neues, denn von den nach der Wiedervereinigung beim damaligen BGS eingestellten Grenzpolizeilichen Unterstützungskräften sind immer noch einige hundert Bundespolizeiliche Unterstützungskräfte (BUK) im Dienst, und diese leisten nach wie vor wertvolle Unterstützungsarbeiten, die ansonsten von Polizisten durchgeführt werden müssten.

Klassenunterschiede bei den Polizeifachlehrern beenden!

13. Mai 2017

Korrektur der Dienstpostenabsenkung bei den Polizeifachlehrern seit Jahren überfällig. Gute, anspruchsvolle Arbeit muss auch entsprechend besoldet werden.

2007 Absenkung der Bewertung Fachlehrer von A 11-13 auf A 10-12

Mit der BPOL-Reform 2007 wurde die Funktion der Fachlehrer neu bewertet und differenziert. Während vorher die Bewertung durchgängig A 11-13g war, wurden pro AFZ bei 41 Fachlehrern die Stellen auf A 10-12 abgesenkt und lediglich 12 Fachlehrerplanstellen sind heute noch mit A 11-13g bewertet. Damit wurden ohne Grund Fachlehrer Erster und Zweiter Klasse geschaffen.

Gleichzeitige Anhebung der Bewertung DGL/stellv. DGL von A 11-12 auf A 11-13

Durch die Maßnahmen sollte damals das „Rotationsprinzip zwischen Lehre und Praxis im Bereich der Aus- und Fortbildung“ gefördert werden. Das Gegenteil ist aber nun der Fall, da die Bewertung aller DGL und stellv. DGL inzwischen auf A 11-13g angehoben wurde. Zwar waren diese Anhebungen absolut sachgerecht und auch von der DPoIG gefordert, aber durch die Absenkung bei den Fachlehrern wurde eine Rotation von der „Praxis in die Lehre“ unattraktiv.

Anspruch und Wirklichkeit

In der Aus- und Fortbildung werden vorrangig lebens- und berufserfahrene Kolleginnen und Kollegen gebraucht. Da würden sich erfahrene DGL und stellv. DGL geradezu anbieten. Aber, wer wechselt schon aus der Praxis des Einzeldienstes in die Aus- und Fortbildung, wenn die dortigen Fachlehrerstellen überwiegend schlechter bewertet sind?

Die Absenkung muss unverzüglich rückgängig gemacht werden. Die Schlechterstellung eines großen Teils der Fachlehrer war und ist ein Schlag in`s Gesicht der Kolleginnen und Kollegen in der Aus- und Fortbildung, die Tag für Tag gute und schwierige Arbeit leisten und dabei auch noch einen Erziehungsauftrag haben. Die Polizeifachlehrerstellen müssen deshalb wieder einheitlich mit A 11-13g unterlegt werden, um die völlig unbegründete „Zweiklassengesellschaft“ in diesem Bereich zu beenden und die Aus- und Fortbildungsorganisation zu stärken.

Sachgerechte Höherbewertung – wenn nicht jetzt, wann dann?

Die Anforderungen in der Aus- und Fortbildung werden immer anspruchsvoller. Die Einstellungszahlen steigen stark und die Organisation hat Probleme, ausreichend zusätzliches Ausbildungspersonal zu gewinnen und zu qualifizieren. Diese Probleme können nur mit hoch motiviertem Personal gelöst werden. Die Rückgängigmachung der Absenkung der Planstellenbewertung im Bereich der Fachlehrer ist daher notwendig, um die Motivation zu erhöhen und es wieder attraktiv zu machen, von der Praxis in die Aus-/Fortbildung zu wechseln.

DPoIG Bundespolizeigewerkschaft im ständigen Dialog mit der Politik

13. Mai 2017

Am Rande der Sitzung des DPoIG-Bundeshauptvorstandes im April in Stuttgart nutzte der Bundesvorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Ernst G. Walter die Gelegenheit, mit Gastredner Wolfgang Kubicki die besondere und immer größer werdende Belastung für die Kolleginnen und Kollegen in der Bundespolizei zu erörtern und für die kurzfristig dringend notwendige Einstellung von zusätzlichen Polizeilichen Einsatzassistenten im Tarifbereich als polizeiliche Unterstützungskräfte in der Bundespolizei zu werben.

MdB Kerstin Radomski zu Besuch beim Bundesvorsitzenden Ernst G. Walter – Überlastung der Bundespolizei und Systemwechsel bei Luftsicherheit

11. Mai 2017

Zu einem Meinungsaustausch trafen Frau MdB Kerstin Radomski von der CDU/CSU – Bundestagsfraktion und Bundesvorsitzender Ernst G. Walter in Düsseldorf zusammen.

Im Mittelpunkt des mehrstündigen Gesprächs standen die großen Belastungen der Bundespolizei durch den nach wie vor eklatanten Personalmangel bei gleichzeitig immer mehr Aufgaben sowie das Thema Luftsicherheit, welches die Abgeordnete nicht zuletzt auch wegen ihrer wöchentlichen Flüge von und nach Berlin persönlich sehr bewegt.

Völlige Überlastung der Bundespolizei

Der Gewerkschaftschef erläuterte Frau Radomski die wesentlichen Gründe, warum der inzwischen exorbitante Personalmangel in der Bundespolizei in den nächsten Jahren trotz der zugesagten 7000 neuen Stellen fortbestehen und sich durch die notwendige Rekrutierung des zusätzlichen Lehrpersonals für die Ausbildung der Neueinstellungen sogar noch verschärfen wird.

Kurzfristig, so Walter, sei das gigantische Personalfehl, das große negative Auswirkungen auf die inzwischen völlig überlasteten Kolleginnen und Kollegen nach sich zieht, nur durch eine sofortige Einstellungsoffensive von Tarifbeschäftigten in der Bundespolizei zu minimieren.

Lösungsansätze

Als Ergänzung zu den bereits beschlossenen Einstellungszahlen in der Bundespolizei müsse die viel zu geringe Anzahl von Polizeivollzugskräften in den Bundespolizeidienststellen endlich durch die vermehrte Einstellung von Verwaltungspersonal bei der Bewältigung der erforderlichen administrativen Aufgaben und bei der Durchführung von einfachen Vollzugstätigkeiten bei der Anzeigenaufnahme, erkennungsdienstlichen Behandlungen, polizeilichen Transport- und Bewachungstätigkeiten und auch zur Unterstützung bei Streifenfahrten durch neu einzustellende polizeiliche Einsatzassistenten entlastet werden.

Walter: „Bereits seit der prekären Migrationslage im Jahre 2015 fordert die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft von Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière die vermehrte Einstellung polizeilicher Unterstützungskräfte im Tarifbereich bei der Bundespolizei. Und obwohl der Minister die Prüfung des Vorschlags veranlasst hat und obwohl seine parlamentarischen Staatssekretäre Dr. Ole Schröder und Dr. Günter Krings unseren Vorschlag beide ausdrücklich befürworteten, bewegt sich zu dieser Frage im Bundesinnenministerium immer noch nichts.“
Die Abgeordnete versprach, sich dieses Themas anzunehmen.

Luftsicherheit

Da Frau MdB Radomski nahezu wöchentlich zwischen NRW und Berlin pendelt, hat das Thema sicherer Luftverkehr für sie eine besondere und sehr persönliche Bedeutung.

Die Fragen, wie sicher denn die so genannte „Sichere Lieferkette“ nun wirklich ist, und wie es um die Sicherheit von Gütern und Expresssendungen in Passagierflugzeugen steht wurden im Gespräch ebenso diskutiert wie die für viele nicht nachvollziehbare Frage der vielen unterschiedlichen Zuständigkeiten auf Bundes- und Landesebene.

Die Gesprächspartner waren sich einig darüber, dass es auf deutschen Flughäfen keine unterschiedlichen Level bei den Luftsicherheitskontrollen geben darf. Bei der Frage, wie man einheitliche Standards und Ausbildungsniveaus erreichen und dauerhaft sicherstellen kann, verwies Walter auf die langjährige Forderung der DPoIG nach einem mittelfristig vollständigen Ausstieg aus der Teilprivatisierung bei den Luftsicherheitskontrollen.

Wir brauchen einen Systemwechsel

„Nur, wenn der Staat selbst und unabhängig von gewinnorientierten Firmen die im Luftverkehr unabdingbaren Terrorabwehrmaßnahmen durchführt, kann er auch tatsächlich die Verantwortung für die Sicherheitskontrollen tragen,“ so Walter. „Ob die Kontrollkräfte dabei eigene Tarifkräfte der Bundespolizei oder Mitarbeiter einer staatseigenen Gesellschaft sind (wie z.B. am Flughafen München mit der SGM mit Erfolg praktiziert), ist dabei nicht entscheidend. Entscheidend ist es, dass die sorgfältige Personalauswahl, die Aus- und Fortbildung sowie die Aufsicht über die Kontrollen komplett, unmittelbar und verantwortlich durch staatliche Bedienstete ausgeführt werden.“

Walter bat die CDU-Abgeordnete darum, die Forderung der DPoIG, die bereits von allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien mitgetragen wird, nun auch in der CDU/CSU-Fraktion ergebnisoffen zu diskutieren, damit es in der kommenden Legislaturperiode endlich zu einem Systemwechsel in diesem hochsensiblen Bereich kommt.

Änderung des Artikel 8 Schengener Grenzkodex! Verbesserung der Terrorabwehr auch im internationalen Schiffsverkehr?

6. Mai 2017

Mit Wirkung zum 07.04.2017 und damit rechtzeitig zum Start der Kreuzfahrersaison in der Nord- und Ostsee, wurde der Art. 8 des Schengener Grenzkodex (SGK) u.a. dahingehend geändert, dass auch Unionsbürger bzw. Personen, die nach Unionsrecht Anspruch auf freien Personenverkehr haben, grundsätzlich einer deutlich (zeit-)intensivieren grenzpolizeilichen Kontrolle zu unterziehen sind.

Diese Änderung erfolgte nach entsprechenden Verlautbarungen aufgrund der allgemein anhaltenden latenten Terrorgefahr.

Die damit verbundene Intensivierung von Personenkontrollen bei der grenzpolizeilichen Kontrolle von Kreuzfahrtschiffen mit tausenden von Passagieren stellt sicherlich ein probates Mittel zur Feststellung von terrorverdächtigen Personen, möglichen Reisewegen und zur Fahndungsunterstützung im internationalen Schiffsverkehr dar.

So sicher die friedliche Seeschifffahrt zumindest in deutschen und nordeuropäischen Gewässern diesbezüglich auch bisher war und hoffentlich auch bleibt, wäre es doch fahrlässig zu meinen, dass Schiffe insbesondere Fähr- und Kreuzfahrtschiffe im internationalen Verkehr nicht auch als ein mögliches Angriffsziel von Terroristen stehen oder einfach als Verkehrs- und Transportmittel für ihre Zwecke genutzt werden könnten.

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft begrüßt deshalb die europäische Vorgabe des Art. 8 SGK zur Verbesserung der inneren Sicherheit uneingeschränkt, weist aber gleichzeitig daraufhin, dass eine solche Änderung zwangsläufig personelle und möglicherweise auch materielle Konsequenzen für die Bundespolizei nach sich zieht.

„Es muss deshalb ganz genau hingeschaut werden, ob die betreffenden Dienststellen und Behörden personell und/oder materiell aktuell überhaupt in der Lage sind, solche schengenkonforme bzw. sicherheitsrelevanten Kontrollen gem. des Art. 8 SGK in den Seehäfen durchzuführen“, so das Mitglied im Bundesvorstand , Oliver Ehmsen.

AG Behindertenpolitik im dbb tagte in Berlin

3. Mai 2017

Frank Richter (DPoIG) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt

Am 3. Mai 2017 fand in Berlin eine Sitzung der AG Behindertenpolitik im dbb statt. Zu Beginn der Sitzung dankte der Bundesvorsitzende des dbb Klaus Dauderstädt dem bisherigen AG-Vorsitzenden Heinz Pütz für die geleistete Arbeit. Im Beisein der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Kirsten Lühmann und Volker Stich wurden zum neuen Vorsitzenden der AG Behindertenpolitik der Kollege Stefan Burkötter (GdS) und zu seinem Vertreter der Kollege Frank Richter (DPoIG) gewählt.